

Die Kritik an der rückständigen Ordinarienuniversität und an der technokratischen Hochschulreform, die auf dem Verwaltungswege aus den Hochschulen effektivere Lernfabriken machen möchte, hat an den Bundesrepublikanischen Hochschulen zu aktiven Streiks und zur Selbstorganisation des Studiums durch die Studenten geführt.

In Hamburg war die Antwort auf die ständige Verschleppung einer umfassenden kritischen Hochschulreform und auf die zunehmende Kollaboration der Universitätsbürokratie mit dem Polizei-, Staats- und Justizapparat zur Unterdrückung und Disziplinierung oppositioneller Studenten die Besetzung des psychologischen Instituts und die Einleitung wissenschaftlicher Arbeitsprozesse, die ansatzweise die Selbstbestimmung der Studenten an ihren Arbeitsplätzen verwirklichte.

Auf den aktiven Streik und die Befreiung des psychologischen Instituts aus der Abhängigkeit von den Professoren und ihren Auftraggebern hat die Universitäts- und Senatsbürokratie mit einer Nacht- und Nebelaktion der Polizei reagiert, die dem Heidelberger Überfall auf den AStA, den Polizeiaktionen an der Freien Universität in Westberlin und der Massenverhaftung Frankfurter Soziologiestudenten in nichts nachsteht.

Diejenigen, die ihre Herrschaftspositionen mit Argumenten nicht länger verteidigen können, wissen kein anderes Mittel als die Gewalt.

Die Hamburger Studentenschaft wird gegen diesen Versuch der polizeistaatlichen Sanierung der ohnmächtigen Ordinarienuniversität Widerstand leisten.

Darum beschliessen wir:

1. Die Fortführung des aktiven Streiks als Widerstand gegen Polizeiterror, Staatswillkür und technokratische Hochschulreform und die exemplarische Befreiung von Instituten, von Ordinarienherrschaft, Staats- und Wirtschaftsinteressen;
2. die Selbstorganisation des Studiums, um die inhaltliche Diskussion über die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft, über die Gestaltung der Studiengänge und über die Kontroversierung einer gesellschaftskritischen Berufsperspektive in allen Fachrichtungen zu ermöglichen.

WIR FORDERN:

1. die umfassende Demokratisierung der Universität, d.h. - Öffentlich mit aller Universitätsgremien auf Universitäts-, Fakultäts- und Institutsebene, - autonome Lehr- und Forschungsbereiche der Studenten, - emanzipatorische Studienreform als Alternative zur fachidiotischen Anpassung ans System im Interesse des autoritären Staats und der kapitalistischen Wirtschaft;
2. den sofortigen Abzug der Polizei vom Campus und die sofortige Freilassung der widerrechtlich Festgenommenen.

Die Hamburger Studentenschaft wird diesen Forderungen durch geeignete und wirkungsvolle Aktionen Nachdruck verleihen.
AUF DIE GEWALT VON OBEN KANN UNSERE ANTWORT NUR SEIN, MASSENHAFT WIDERSTAND ZU LEISTEN !